



Hans-Christian Ströbele
Mitglied des Deutschen Bundestages



Claudia Roth
Mitglied des Deutschen Bundestages



Katja Keul
Mitglied des Deutschen Bundestages

Hans-Christian Ströbele, MdB • Platz der Republik 1 • 11011 Berlin

**An das
Bundesverfassungsgericht
Zweiter Senat
Postfach 1771**

76006 Karlsruhe

**Platz der Republik 1
11011 Berlin**

**Unter den Linden 50
Raum 3 070
Telefon 030 227 – 71503
Fax 030 227 – 76804
E-Mail: hans-christian.stroebele@bundestag.de**

Berlin, 23.07.2012

Aktenzeichen: 2 BvE 5/11

In Sachen o. g. Aktenzeichen

1. des Herrn Hans-Christian Ströbele, MdB, Platz der Republik 1, 11011 Berlin
2. der Frau Katja Keul, MdB, Platz der Republik 1, 11011 Berlin
3. der Frau Claudia Roth, MdB, Platz der Republik 1, 11011 Berlin

nehmen der Antragsteller und die Antragstellerinnen zu 2 und 3 zur Klageerwiderung vom 26.06.2012 wie folgt Stellung:

I.

Vorbemerkungen

1. Die Ausführungen der Antragsgegnerin zu der Entwicklung der Anzahl von Fragen der Abgeordneten ist nicht entscheidungsrelevant, da nur die Beantwortung der konkret von den Antragstellern erhobenen Fragen beantragt wird. Im Übrigen wird darauf hingewiesen, dass das – auch vom Bundestagpräsidenten kritisierte – Antwortverhalten der Bundesregierung zur hohen Zahl beiträgt. Exemplarisch wird auf den in diesem Bereich spielenden Fall verwiesen in der Klageerwiderung S. 6, 7.

2. Auch die Behauptung der Antragsgegnerin die Fragen der Antragsteller dienten wie oft im Kontext der Rüstungsexportpolitik nicht dem Wissens- und Kontrollbedürfnis, sondern der Profilierung der Abgeordneten trägt nicht zur sachlichen Auseinandersetzung bei. Jede politische Auseinandersetzung in der parlamentarischen Demokratie trägt zum Profil der Beteiligten bei. Die in dieser Debatte von den Antragstellern verfolgten primären Ziele stehen jedoch im Einklang mit den Wertungen des Art. 26 GG und sollten ihnen daher nicht vorgeworfen werden.

3. Unstrittig ist im Kern, dass die Genehmigung von Rüstungsexporten in den Verantwortungsbereich der Bundesregierung fällt und daher grundsätzlich ein Informationsanspruch der Abgeordneten besteht. Die Antragsgegnerin beruft sich jedoch auf die angeblich in der Natur von Rüstungsgeschäften gründenden Geheimhaltungsbedürfnisse. Die eigene Regierungspraxis zu einem Naturgesetz zu erheben ist allerdings wenig überzeugend, zumal andere befreundete Staaten vormachen, wie Transparenz, öffentliche Debatten – auch im Parlament wie jüngst in den Niederlanden zu Indonesien – und parlamentarische Kontrolle und Beteiligung weltweit funktionieren kann (bspw. Niederlande, England).

Anlage 1

Anlage 2 (<http://www.gruene-bundestag.de/themen/sicherheitspolitik/schluss-mit-dunklen-ruistungsgeschaeften/seite-3.html>)

II.

Zum Kern des Streitgegenstandes

Die Antragsteller wollen im Kern wissen, ob die Bundesregierung – oder nach Delegation der Entscheidungskompetenz an diesen der Bundessicherheitsrat für die Bundesregierung (zu den Ausführungen der Bundesregierung zur Zuständigkeitskonstruktion siehe unten III.4.b) – eine politische Entscheidung über die strittigen Rüstungsexporte getroffen hat.

Die Bundesregierung hat erwidert:

- Einer Antwort stünden Geheimhaltungsinteressen (Geschäftsinteressen, Beziehungen zu anderen Staaten etc.) entgegen.
- Insbesondere schließe der „Kernbereich exekutiver Eigenverantwortung“ jede Antwort auf Fragen aus (auch auf die nach dem „ob“), zumindest solange die Genehmigung nicht endgültig vom Bundesministerium oder dem in seinem Verantwortungsbereich tätigen BAFA dem Rüstungsexporteur erteilt sei (S. 18, 19, 31 der Antragserrwiderung).
- Die Regierung übe „den ihr zuständigen Entscheidungsspielraum aber auch nicht fehlerhaft“ aus, wenn sie „erst mit dem Rüstungskontrollbericht im darauffolgenden Jahr“ unterrichte (S. 35 der Antragserrwiderung).

Diese Auffassung der Bundesregierung verfehlt den verfassungsrechtlichen Rahmen vollständig, wie sogleich erneut gezeigt wird.

III.

Zu den einzelnen verfassungsrechtlichen Fragen

1. Sicherheitspolitik

Soweit die Antragsgegnerin das Geheimhaltungsbedürfnis auf den Schutz der Integrität der Bundesrepublik, der Länder und des Kabinetts in sicherheits- und verteidigungspolitischen

Belangen stützt, fehlt es am konkreten Bezug auf die erhobenen Fragen. Worin das besondere sicherheitspolitische Interesse der Bundesrepublik an Panzerlieferungen auf die arabische Halbinsel bestehen soll erschließt sich den Antragstellern nicht. Im Gegenteil: die Antragsteller halten es für nahe liegend, dass es im sicherheitspolitischen Interesse der Bundesrepublik liegt, solche Panzer gerade nicht zu liefern.

2. Außenpolitik

Ein weiterer Grund für die Geheimhaltung soll der Schutz der Beziehungen Deutschlands zu den möglichen Empfängerländern sein. Kritische Bewertungen potentieller Empfängerländer würden im Falle des Bekanntwerdens regelmäßig die außenpolitischen Beziehungen belasten. Dies kann gerade im Falle Saudi Arabiens keinesfalls gelten, da die Menschenrechtslage in diesem Land jährlich durch den Menschenrechtsbericht der Bundesregierung öffentlich bewertet wird.

Die kritische Bewertung der Menschenrechtslage in Saudi Arabien ist daher allgemein bekannt und offenkundig. Ein Geheimhaltungsinteresse kann damit nicht begründet werden.

3. Geschäftsgeheimnisse

Letztlich, so die Antragsgegnerin, seien Geschäftsgeheimnisse der exportierenden Unternehmen besonders gefährdet. Ein Bekanntwerden der Geschäftsabsichten könnte Konkurrenten auf diese Geschäftsgelegenheit hinweisen. Es ist jedoch seit Jahren bekannt, dass Saudi Arabien Interesse am Kauf deutscher Panzer der Firma KMW hat. Vorgängerregierungen haben jedenfalls ab 1999 entsprechende Anfragen bislang zurück gewiesen. Konkurrierende Firmen, die vergleichbare Produkte herstellen sind weltweit äußerst selten und ebenfalls bekannt. Das saudische Königshaus hat jedoch deutlich gemacht, dass es nicht irgendein Konkurrenzprodukt, sondern speziell den modernsten Kampfpanzer der Firma KMW zu erwerben gedenkt. Eine offenkundige Tatsache kann mithin nicht mehr als schützenswertes Betriebsgeheimnis gewertet werden.

4. Kernbereich exekutiver Eigenverantwortung

Die Bundesregierung ist der Auffassung, es sei ausgeschlossen, dass sie vor Erteilung der Genehmigung an den Exporteur mitteilen müsse, ob eine politische Entscheidung durch die Bundesregierung oder den Bundessicherheitsrat über den Waffenexport getroffen sei, weil insbesondere die Tätigkeit des Bundessicherheitsrat ausnahmslos zum Kernbereich exekutiver Eigenverantwortung gehöre. Sogar nach Erteilung der Genehmigung durch das hierfür zuständige Bundesressort gelte dies für einen gewissen Zeitraum (bis zum „Rüstungskontrollbericht im darauffolgenden Jahr“; S. 35 der Antragserwiderung), da durch „eine unmittelbar bevorstehende öffentliche Diskussion ... erheblicher Druck auf die Mitglieder des Bundessicherheitsrates“ (S. 31 Antragserwiderung) entstehen könne und durch die Möglichkeit des frühzeitigen Bekanntwerdens Geschäftspartner verschreckt oder Konkurrenten auf den Plan gerufen werden könnten (S. 32 Antragserwiderung).

Diese Interpretation des Kernbereichs steht offensichtlich nicht im Einklang mit der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts wie ein kurzer Blick auf die Grundlagen dieser Rechtsprechung zeigt. Sie lässt sich insbesondere nicht mit BVerfGE 124, 78 (120,121),

„Eine Pflicht der Regierung, parlamentarischen Informationswünschen zu entsprechen, besteht danach in der Regel nicht, wenn die Informationen zu einem Mitregieren Dritter bei Entscheidung führen kann, die in der alleinigen Kompetenz der Regierung liegen. Diese Möglichkeit besteht bei Informationen aus dem Bereich der Vorbereitung von Regierungsentscheidungen regelmäßig, solange die Entscheidung noch nicht getroffen ist.“

begründen:

a) Zur Verantwortung der Bundesregierung in der demokratischen Ordnung des Grundgesetzes

Aussagen aus der Entscheidung BVerfGE 124, 78 dürfen nicht aus ihrem Zusammenhang gerissen werden. Dort ging es um den umfangreichen Zugriff auf Akten der Bundesregierung und damit ein komplettes Bild über die Entscheidungsfindung der Regierung. Darum geht es hier nicht. Die Fragen der Antragsteller sind gerade nicht auf die Ausforschung der Willensbildung

der Regierung, der Erörterungen im Kabinett, der Vorbereitung von Ressorts- und Kabinettsentscheidungen, die sich vornehmlich in ressortübergreifenden und internen Abstimmungsprozessen vollziehen, gerichtet (S. 26). Es geht nicht um die Offenbarung des Sitzungsverlaufs im Bundessicherheitsrat oder des Bundeskabinetts, auch nicht des Austauschs von Argumenten oder des Streits unter Regierungsmitgliedern (S. 28, 29) oder der Beratung durch Berater (S. 30). Die Funktionsfähigkeit der Regierung bleibt gewährleistet. Die Gewaltenteilung wird nicht angetastet, sondern die Kontrolle von gefällten Entscheidungen der Bundesregierung soll ermöglicht werden.

Die nähere Analyse der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts zeigt, dass die zitierte Aussage (BVerfGE 124, 78) bei der Bundesregierung – mangels Beschäftigung mit den Grundlagen – zu einem Fehlschluss geführt hat. Nahezu alle Entscheidungen des hohen Gerichts, die sich mit dem Kernbereich exekutiver Eigenverantwortung befassen, verweisen zunächst auf BVerfGE 9, 268. Dort heißt es (S. 281):

„Der demokratische Rechtsstaat im Sinn des Grundgesetzes setzt notwendig eine funktionsfähige und verantwortliche Regierung voraus.“ ...

„Die selbständige politische Entscheidungsgewalt der Regierung, ihre Funktionsfähigkeit zu Erfüllung ihrer verfassungsmäßigen Aufgaben, ihre Sachverantwortung gegenüber Volk und Parlament sind zwingende Gebote der demokratischen rechtsstaatlichen Verfassung.“

Diese Zitate verdeutlichen, dass die Freiheit der Bundesregierung („selbständige politische Entscheidungsgewalt“) von vorneherein nicht denkbar ist ohne Verantwortung gegenüber Volk und Parlament. Verantwortung gegenüber Parlament und Regierung heißt aber auch immer öffentliche und parlamentarische Debatte. Dies verbietet es von vorneherein schon die öffentliche und parlamentarische Debatte selbst als Eingriff in den Kernbereich der Bundesregierung oder als verbotenes Mitregieren des Parlamentes oder des Volkes anzusehen. Wäre es anders, müsste die Bundesregierung z.B. Parlamentsdebatten zu allen Themen, zu denen sie sich in der Entscheidungsfindung befindet, verbieten lassen (etwa mit der Organklage). Eine absurde Idee, auf die sicherlich auch die Bundesregierung nicht verfallen würde. Es ist aber ebenso absurd, wenn die Bundesregierung schon daraus, dass sie auf Anfrage bestätigen muss, dass sie eine Entscheidung getroffen hat (oder zu treffen beabsichtigt) und sich an diese Mitteilung parlamentarische/öffentliche Debatten anschließen können, einen

Eingriff in den Kernbereich der exekutiven Eigenverantwortung konstruieren will. Mit derartigen Debatten, die Ausdruck einer lebendigen Demokratie sind, müssen nicht nur die Bundesregierung, sondern auch die Waffenexporteure und andere Staaten (mögen sie auch selbst eher demokratiefremd organisiert sein) rechnen. Auch durch einen Informationsanspruch kann das Parlament letztlich nur bewirken, dass die Regierung ihre Entscheidung darlegt und begründet. Verhindern können die Parlamentarier eine Entscheidung nur, indem sie die Bundesregierung von besseren Argumenten überzeugen. Ein solches „Vereitelungspotential“ des Parlaments kann dem Informationsrecht per se nicht entgegenstehen. Ein unzulässiges Mitregieren des Parlaments ist darin jedenfalls nicht erkennbar.

Demgemäß ist festzuhalten, dass es mit der demokratischen Ordnung des Grundgesetzes nicht vereinbar ist, dass die Bundesregierung – durch gelenkte Informationspolitik – rechtswidrig den Zeitpunkt der öffentlichen Debatte beeinflussen will und diesen insbesondere fern der politischen Entscheidung halten will. Politische Debatten finden zeitnah zur Entscheidung der Regierung statt. Die parlamentarische Demokratie ist kein Historikerseminar.

b) Zur Frage, wann die Entscheidung getroffen ist und welche Entscheidung parlamentarisch zu verantworten ist

Nur ergänzend wird auf Folgendes hingewiesen: Die Auffassung der Bundesregierung ist im Übrigen auch verfehlt, soweit sie einen Vorgang (Entscheidung über den Rüstungsexport) im Sinne der Kernbereichs-Rechtsprechung des hohen Gerichts erst dann für „abgeschlossen“ hält, wenn der Genehmigungsbescheid – durch das zuständige Ressort oder das BAFA – ergangen ist. Das Grundgesetz weist die Verantwortung für den Rüstungsexport der Bundesregierung zu. Dies erkennt auch die Antragsrüge an;

S. 18: „... Letztverantwortung der Bundesregierung verbleibt“

S. 19, 1. Absatz: „politisch ... bindend“

S. 20: „Das Grundgesetz weist in Rüstungsfragen gerade der Bundesregierung ... eine bedeutende Rolle zu.“

Der vom zuständigen Ressort oder der ihm unterstehenden Behörde näher ausgeführte und nach Außen verkündete Verwaltungsakt,

Herdegen - Maunz/Dürig, Art. 26, Rdnr. 56 – hält auch die Delegation der Zuständigkeit für die Ausreichung der Entscheidung nach außen durch §11 Abs. 3 KrWaffKontrG („Erteilung“) für verfassungswidrig; hierauf gründet die Auffassung der Antragsteller jedoch nicht,

setzt daher aus Sicht der Antragsteller jedenfalls eine politische Entscheidung voraus, die der Bundesregierung zuzurechnen ist. Diese Entscheidung trifft offenbar nicht mehr das Kabinett, wie es auch § 15 Abs. 1 Buchstabe e GO-BReg nahelegen könnte. Vielmehr hat die Bundesregierung diese politische Entscheidung an einen Kabinettsausschuss delegiert. Jenseits der Frage, ob eine Delegation dieser politischen Entscheidung der Bundesregierung nach Art. 26 Abs. 2 GG an den Bundessicherheitsrat möglich ist, ist der entscheidende Zeitpunkt, in dem die Bundesregierung ihre politische Verantwortung ausgeübt hat, jedenfalls nicht erst der, in dem die Entscheidung nach außen dem Betroffenen verkündet wird. Denn kontrolliert wird hier die Ausübung der Verantwortung der Gesamtbundesregierung und nicht die Einzelheiten des Vollzuges, des durch die politische Entscheidung der Bundesregierung (des Bundessicherheitsrates) gebundenen,

offenbar auch nach Einschätzung der Antragsrweiterung;

S. 18: „Das Ergebnis wird der Arbeitsebene der Ministerien mitgeteilt, die im Rahmen der gesetzlichen Zuständigkeiten die entsprechenden Bescheide erteilen ...“ und

S. 19, 1. Absatz: „politisch ... bindend“

Fachressorts oder des BAFA.

Auch für die Entscheidung über die Frage, wann bei Ausübung parlamentarischer Kontrolle die Schwelle von einem „vorausgehenden internen Vorgang“ zu einem abgeschlossen Vorgang überschritten wird, kommt es nicht auf den „Formalakt“ (Genehmigung) an, sondern muss es auf die Ausübung des freien „Entscheidungsrechts der Regierung“ ankommen;

vgl. BVerfGE 9, 268 (283).

Da die Regierung dieses Entscheidungsrecht auf einen Regierungsausschuss delegiert hat, der an ihrer Stelle handelt, kommt es auf dessen Entscheidung an.

Dies gilt im Übrigen auch für die Konstellation der Voranfrage (dazu Antragsrweiterung S. 24). Wird dem Waffenexporteur auf eine solche Anfrage – ggf. nach Befassung des Bundessicherheitsrates – die Entscheidung verkündet, dass nach jetziger Bewertung eine Genehmigung des Waffenexportes in Frage kommen kann, so gehen von dieser Entscheidung

nicht nur rechtliche Wirkungen aus (Stichwort: Vertrauensschutz; siehe auch § 38 VwVfG). Vielmehr liegen der positiven Antwort auf die Voranfrage politische Bewertungen zu Grunde, für welche die Regierung sich vor dem Parlament zu verantworten hat. Sähe man dies als Mitregieren des Parlamentes, so wäre ein Mitregieren eines ganz anderen Beteiligten (Rüstungsindustrie) wahrscheinliche Konsequenz der Auffassung der Bundesregierung. Die Waffenexporteure könnten im vertraulichen und kollusiven Zusammenwirken von der Regierung an der Ausübung ihrer Regierungsverantwortung unkontrolliert beteiligt werden.

6. Keine Informationsrechte beschränkende Vereinbarung

Eine Vereinbarung des Deutschen Bundestages mit dem Ziel und dem Inhalt, Informationsrechte des Parlamentes zu beschränken, besteht entgegen der Behauptung der Antragsgegnerin ersichtlich nicht. Die Politischen Grundsätze der Bundesregierung für den Export von Kriegswaffen können dies schon deshalb nicht sein, weil es sich um rein exekutive Grundsätze handelt. Im Übrigen wäre der Bundestag nicht befugt, solche Verträge zu Lasten Dritter zu schließen. Jedenfalls lässt sich aus etwaigen Absprachen über die Vorlage eines jährlichen Rüstungskontrollberichts nicht herleiten, andere Informationsrechte wären ausgeschlossen;

vgl. ebenso für gesetzliche Regelungen: BVerfG, 2 BvE 5/06 vom 1.7.2009, Absatz-Nr. 125 ff.

7. Bewertungen und vorgeblich „hypothetische“ Fragen

Die Frage, ob den Abgeordneten des Deutschen Bundestages ein Recht zusteht, auch nach Bewertungen der Bundesregierung zu fragen (und eine Antwort zu erhalten), bildet nicht den Kern der vorliegenden Auseinandersetzung. Dennoch können auch die diesbezüglichen Äußerungen der Antragsgegnerin nicht unwidersprochen bleiben, auch weil sie Wortlaut und Gehalt der zitierten verfassungsgerichtlichen Entscheidung ignorieren oder doch zumindest falsch interpretierten. Die Aussage des Hohen Gerichts, dass die Bundesregierung „auf Fragen Rede und Antwort zu stehen hat und den Abgeordneten die zur Ausübung ihres Mandats erforderliche Information zu verschaffen hat“, will die Bundesregierung dahin verstanden wissen, es gehe beim Fragerecht nur um die Verschaffung von Sachinformationen. Diese Beschränkung ist in der Aussage von vornherein nicht enthalten. „Rede und Antwort zu stehen“

muss im Rahmen der Kontrolle von politischen Entscheidungen gerade heißen, dass die Bundesregierung auch die Bewertungen, die sie getroffen hat, offen legt (Beispiel: Nicht nur Antwort auf die Frage, ob Saudi-Arabien Menschenrechte verletzt, sondern auch ob dies berücksichtigt wurde und mit welchem Gewicht dies in die Entscheidung eingeflossen ist). Nichts anderes folgt dabei aus dem zweiten Satzteil („Informationen verschaffen“). Er will nur verdeutlichen, dass die Bundesregierung nicht nur ihr aktuelle bekannte Tatsachen mitteilen muss, sondern sie sich ggf. auch aktiv um die gewünschte Information bemühen muss. Im Übrigen können unter den Begriff der Information aber auch subjektive Tatsachen subsumiert werden.

Noch weniger (soweit möglich) nachvollziehbar ist, dass die Antragsgenerin die Entscheidung des Thüringer Verfassungsgerichtshofs (4.4.2003 – 8/02) für sich in Anspruch nehmen will. Denn schon der 1. Leitsatz dieser Entscheidung beantwortet diese Frage gerade eindeutig im Sinne der Antragsteller:

Das Fragerecht ... und die Antwortpflicht sind deckungsgleich darin, dass zulässige Fragen zu beantworten sind. Zulässig sind auch auf Meinungsbekundung gerichtete Fragen.“

Dass der Verfassungsgerichtshof „keine Verpflichtung der Landesregierung zur Meinungsbildung“ sieht, ändert hieran nichts. Es mag zwar theoretisch denkbar sein, dass die Bundesregierung eine allgemeine Frage nach der Bewertung irgendeines Sachverhaltes damit beantwortet, hierzu habe sie sich noch keine Meinung gebildet. So lag die Sache hier jedoch nicht. Frageziel der Antragsteller war zu erfahren, ob eine politische Entscheidung getroffen wurde und welche Bewertungen dieser Entscheidung zu Grunde lagen. Schon die Antwort auf das „ob“ der Entscheidung verweigerte sich die Bundesregierung und entzog sich dann auch noch – gerade wegen ihrer Antwortverweigerung hypothetischen – Fragen nach den Bewertungsgrundlagen einer Beantwortung. Der erste Rechtsbruch kann den zweiten aus Sicht der Antragsteller nicht rechtfertigen.

8. Ausstrahlungswirkung des Art. 26 GG

Nach dem Vorstehenden ist bereits klar, dass der gewünschten Information des Parlamentes schon im Ansatz keine relevanten Belange entgegen stehen. Sähe man das anders, so wäre dies

jedenfalls nach Abwägung mit den Zielen des Art. 26 GG der Fall. Die Antragsteller halten daran fest, dass die friedenspolitischen Ziele des Art. 26 GG, die auch die Antragsgegnerin letztlich nicht bestreiten kann,

Antragserwiderung S. 25: Art. 26 Abs. 2 GG mag Rüstungsgeschäfte im Kriegswaffenbereich zurückhaltend betrachten ...“,

für eine strikte parlamentarische und öffentliche Kontrolle streiten.

IV.

Gesamtergebnis

Da nach alledem weder ein geheimhaltungsbedürftiges Betriebsgeheimnis der exportierenden Firma, noch die Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland zu Saudi Arabien gefährdet waren und auch nicht in den Kernbereich der exekutiven Verantwortung eingegriffen wird, hätten die Fragen der Antragsteller vollständig beantwortet werden können und müssen;

so nunmehr auch Kirchner in ZParl, S. 362 ff.

Die Verfassung gewährt der Bundesregierung nicht das von ihr behauptete Ermessen, Informationen fern der aktuellen politischen Entscheidungen zu geben, um eine – auch zugespitzte – öffentliche parlamentarische Debatte zu behindern.



Hans-Christian Ströbele

(auch für die Antragstellerinnen zu 2 und 3)

Zur Abstimmung stand folgender Antrag:

Nr. 47 MOTIE VAN HET LID EL FASSED C.S.

Voorgesteld 30 november 2011

De Kamer,

gehoord de beraadslaging,

constaterende, dat 119 Leopard 2A6 gevechtstanks zullen worden afgestoten;

constaterende, dat de minister van defensie van Indonesië interesse heeft

getoond in deze Nederlandse tanks;

overwegende, dat het Indonesische leger zich schuldig heeft gemaakt aan

schendingen van mensenrechten in Atjeh, Oost-Timor en recent in West-Papoea;

verzoekt de regering deze tanks niet te leveren aan Indonesië, en gaat over tot

de orde van de dag.

El Fassed Jasper van Dijk Eijsink

Zu Deutsch:

Nr. 47 Antrag des Mitglieds El Fassed u. a.

Vorgeschlagen am 30. November 2011

Die Kammer,

nach Anhörung der Beratung,

stellt fest, dass 119 Leopard 2A6 Kampfpanzer abgestoßen werden sollen,

stellt fest, dass der Verteidigungsminister von Indonesien an diesen Panzern Interesse
gezeigt hat,

überwiegt, dass sich die Indonesische Armee an Menschenrechtsverletzung in Aceh, Ost-
Timor und kürzlich in West-Papua schuldig gemacht hat,

fordert die Regierung auf diese Panzer nicht an Indonesien zu liefern,

und geht über zur Tagesordnung.

El Fassed, Jasper van Dijk, Eijsink

Zur Abstimmung selbst heißt es unter o.g. Blattnummer:

In stemming komt de motie-El Fassed c.s. (33000-X, nr.47).

De **voorzitter**:

Ik constateer dat de aanwezige leden van de fracties van de SP, de PvdD, de PvdA, GroenLinks, de SGP, de ChristenUnie en de PVV voor deze motie hebben gestemden de aanwezige leden van de overige fracties ertegen, zodat zij is aangenomen.

Deutsch:

In Abstimmung kommt die El Fassed und andere (Nr. 47)

Ich stelle fest, dass die anwesenden Mitglieder aus den Fraktionen von der SP, der PvdD, der PvdA, GroenLinks, der SGP, der ChristenUnie und der PVV für diese Initiative gestimmt haben und die anwesenden Leute der übrigen Fraktionen dagegen, sodass die Initiative angenommen ist.

Das bedeutet, dass (von der Stärke der Fraktionen ausgehend) 88 von 150 Abgeordnete für den Antrag gestimmt haben.

Dagegen haben im Umkehrschluss gestimmt: VVD, CDA, D66

Die Internetpräsenz des Abgeordnetenhauses in den Niederlanden ist derzeit nicht abrufbar, daher kann ich derzeit keinen Link zu den Dokumenten anbieten, es handelt sich jedoch um

ein temp. Problem.

Vergaderjaar 2011–2012

33 000 X

Vaststelling van de begrotingsstaten van het Ministerie van Defensie (X) voor het jaar 2012

Nr. 47

MOTIE VAN HET LID EL FASSED C.S.

Voorgesteld 30 november 2011

De Kamer,

gehoord de beraadslaging,

constaterende, dat 119 Leopard 2A6 gevechtstanks zullen worden afgestoten;

constaterende, dat de minister van defensie van Indonesië interesse heeft getoond in deze Nederlandse tanks;

overwegende, dat het Indonesische leger zich schuldig heeft gemaakt aan schendingen van mensenrechten in Atjeh, Oost-Timor en recent in West-Papoea;

verzoekt de regering deze tanks niet te leveren aan Indonesië,

en gaat over tot de orde van de dag.

El Fassed
Jasper van Dijk
Eijsink

12

Stemmingen moties begroting Defensie

Aan de orde zijn de **stemmingen over moties**, ingediend bij de behandeling van het wetsvoorstel **Vaststelling van de begrotingsstaten van het ministerie van Defensie (X) voor het jaar 2012 (33000-X)**,

te weten:

- de motie-Eijsink c.s. over uitbreiding van de inspectiefunctie IGK (33000-X, nr. 37);
- de motie-Eijsink c.s. over vrijstelling van de Turkse dienstplicht (33000-X, nr. 38);
- de motie-Jasper van Dijk over de JSF (33000-X, nr. 39);
- de motie-Jasper van Dijk over beëindiging van de missie in Kunduz (33000-X, nr. 40);
- de motie-Jasper van Dijk over bewapende onbemande vliegtuigen (33000-X, nr. 41);
- de motie-Jasper van Dijk over binnenlandse inzet van defensie (33000-X, nr. 42);
- de motie-Hachchi/Eijsink over grote materieelprojecten (33000-X, nr. 43);
- de motie-Hachchi c.s. over doorstroom van Defensiepersoneel (33000-X, nr. 44);
- de motie-Hernandez c.s. over structurele financiering van de VPD-teams (33000-X, nr. 45);
- de motie-EI Fassed over verminderen van het aantal aan te schaffen JSF's (33000-X, nr. 46);
- de motie-EI Fassed c.s. over niet leveren van tanks aan Indonesië (33000-X, nr. 47);
- de motie-EI Fassed/Hachchi over samenwerking bij cyber defence (33000-X, nr. 48);
- de motie-Voordewind over vasthouden aan de 3D-benadering (33000-X, nr. 49);
- de motie-Voordewind/Eijsink over wetgeving omtrent clustermunities (33000-X, nr. 50);
- de motie-Voordewind/Eijsink over financiering van VPD's (33000-X, nr. 51).

(Zie vergadering van 30 november 2011.)

De voorzitter:

Op verzoek van de heer Jasper van Dijk stel ik voor, zijn motie (33000-X, nr. 42) aan te houden.

Daartoe wordt besloten.

De voorzitter:

De motie-Voordewind/Eijsink (33000-X, nr. 50) is in die zin gewijzigd (33000-X, nr. 56) en nader gewijzigd dat zij thans luidt:

Motie

De Kamer,

gehoord de beraadslaging,

constaterende dat Nederland als verdragspartij van de Conventie over Cluster Munitie zichzelf heeft verplicht tot een totaalverbod op het gebruik, vervoer, productie en

opslag van clustermunities en assistentie in een van bovengenoemde handelingen;

constaterende dat de Eerste Kamer in een aangenomen motie op 29 maart 2011 oproept tot een verbod omtrent aantoonbare directe investeringen in de productie, verkoop en distributie van clustermunities;

constaterende dat Nederland zich via artikel 21 van bovengenoemd verdrag tevens verplicht heeft om niet-verdragspartijen aan te moedigen toe te treden tot het verdrag en het gebruik van clustermunities door niet-verdragspartijen te ontmoedigen;

constaterende dat onderhandelingen binnen de Conventie over Bepaalde Conventionele Wapens (CCW) over een mogelijk protocol VI dat verenigbaar zou zijn aan de Conventie over Cluster Munitie, niet hebben geresulteerd in een Protocol VI dat aan de norm van de CCM voldoet en de CCM derhalve de standaard is binnen het internationaal recht inzake clustermunities;

verzoekt de regering, zich in de toekomst alleen nog maar in te zetten voor een totaalverbod van clustermunities en de norm van de CCM uit te dragen in zowel bilaterale als multilaterale fora;

verzoekt de regering tevens, zo spoedig mogelijk met wetgeving te komen omtrent het verbod voor alle financiële instellingen op aantoonbare directe investeringen in de productie, verkoop en distributie van clustermunities,

en gaat over tot de orde van de dag.

Naar mij blijkt, wordt de indiening ervan voldoende ondersteund.

Zij krijgt nr. 57 (33000-X).

De motie-Voordewind/Eijsink (33000-X, nr. 51) is in die zin gewijzigd dat zij thans luidt:

Motie

De Kamer,

gehoord de beraadslaging,

van mening dat de toekomstige inzet van VPD's ter bescherming van koopvaardij schepen niet ten laste moet komen van het budget voor crisisbeheersingsoperaties;

verzoekt de regering om de inzet van de VPD's niet uit de middelen voor crisisbeheersingsoperaties te financieren, maar middelen vrij te maken binnen de Defensiebegroting dan wel bij andere departementen die daarvoor meer in aanmerking komen,

en gaat over tot de orde van de dag.

Naar mij blijkt, wordt de indiening ervan voldoende ondersteund.

Zij krijgt nr. 58 (33000-X).

Ik stel vast dat wij nu over de gewijzigde moties kunnen stemmen.

In stemming komt de motie-Eijsink c.s. (33000-X, nr. 37).

De voorzitter:

Ik constateer dat de aanwezige leden van de fracties van de SP, de PvdD, de PvdA, GroenLinks, D66 en de ChristenUnie voor deze motie hebben gestemd en de aanwezige leden van de overige fracties ertegen, zodat zij is verworpen.

In stemming komt de motie-Eijsink c.s. (33000-X, nr. 38).

De voorzitter:

Ik constateer dat de aanwezige leden van de fracties van de SP, de PvdD, de PvdA, GroenLinks, D66, de VVD, de SGP, de ChristenUnie en het CDA voor deze motie hebben gestemd en de aanwezige leden van de fractie van de PVV ertegen, zodat zij is aangenomen.

In stemming komt de motie-Jasper van Dijk (33000-X, nr. 39).

De voorzitter:

Ik constateer dat de aanwezige leden van de fracties van de SP, de PvdD, de PvdA, GroenLinks en D66 voor deze motie hebben gestemd en de aanwezige leden van de overige fracties ertegen, zodat zij is verworpen.

In stemming komt de motie-Jasper van Dijk (33000-X, nr. 40).

De voorzitter:

Ik constateer dat de aanwezige leden van de fracties van de SP, de PvdD, de PvdA en de PVV voor deze motie hebben gestemd en de aanwezige leden van de overige fracties ertegen, zodat zij is verworpen.

In stemming komt de motie-Jasper van Dijk (33000-X, nr. 41).

De voorzitter:

Ik constateer dat de aanwezige leden van de fracties van de SP, de PvdD en GroenLinks voor deze motie hebben gestemd en de aanwezige leden van de overige fracties ertegen, zodat zij is verworpen.

In stemming komt de motie-Hachchi/Eijsink (33000-X, nr. 43).

De voorzitter:

Ik constateer dat de aanwezige leden van de fracties van de PvdA, GroenLinks en D66 voor deze motie hebben gestemd en de aanwezige leden van de overige fracties ertegen, zodat zij is verworpen.

In stemming komt de motie-Hachchi c.s. (33000-X, nr. 44).

De voorzitter:

Ik constateer dat de aanwezige leden van de fracties van de SP, de PvdD, de PvdA, GroenLinks, D66, de SGP en de ChristenUnie voor deze motie hebben gestemd en de aanwezige leden van de overige fracties ertegen, zodat zij is verworpen.

In stemming komt de motie-Hernandez c.s. (33000-X, nr. 45).

De voorzitter:

Ik constateer dat de aanwezige leden van de fracties van de SP, de PvdD, D66, de VVD, de SGP, het CDA en de PVV voor deze motie hebben gestemd en de aanwezige leden van de overige fracties ertegen, zodat zij is aangenomen.

In stemming komt de motie-El Fassed (33000-X, nr. 46).

De voorzitter:

Ik constateer dat de aanwezige leden van de fracties van de SP, de PvdD, de PvdA, GroenLinks en D66 voor deze motie hebben gestemd en de aanwezige leden van de overige fracties ertegen, zodat zij is verworpen.

In stemming komt de motie-El Fassed c.s. (33000-X, nr. 47).

De voorzitter:

Ik constateer dat de aanwezige leden van de fracties van de SP, de PvdD, de PvdA, GroenLinks, de SGP, de ChristenUnie en de PVV voor deze motie hebben gestemd en de aanwezige leden van de overige fracties ertegen, zodat zij is aangenomen.

In stemming komt de motie-El Fassed/Hachchi (33000-X, nr. 48).

De voorzitter:

Ik constateer dat de aanwezige leden van de fracties van de PvdA, GroenLinks, D66 en de SGP voor deze motie hebben gestemd en de aanwezige leden van de overige fracties ertegen, zodat zij is verworpen.

In stemming komt de motie-Voordewind (33000-X, nr. 49).

De voorzitter:

Ik constateer dat de aanwezige leden van de fracties van de PvdA, GroenLinks, D66, de SGP en de ChristenUnie voor deze motie hebben gestemd en de aanwezige leden van de overige fracties ertegen, zodat zij is verworpen.

In stemming komt de nader gewijzigde motie-Voordewind/Eijsink (33000-X, nr. 57).

De voorzitter:

Ik constateer dat de aanwezige leden van de fracties van de SP, de PvdD, de PvdA, GroenLinks, D66, de ChristenUnie en het CDA voor deze nader gewijzigde motie hebben gestemd en de aanwezige leden van de overige fracties ertegen, zodat zij is aangenomen.

In stemming komt de gewijzigde motie-Voordewind/Eijsink (33000-X, nr. 58).

De voorzitter:

Ik constateer dat de aanwezige leden van de fracties van de PvdA, GroenLinks en de ChristenUnie voor deze gewijzigde motie hebben gestemd en de aanwezige leden van de overige fracties ertegen, zodat zij is verworpen.

Anlage 2

[Kontakt](#) | [Links](#) | [Partei](#) | [RSS](#) | [Sitemap](#) | [Home](#) | [English](#)

Uns geht's ums Ganze

[THEMEN](#) | [PARLAMENT](#) | [NEWS](#) | [FRAKTION](#) | [PUBLIKATIONEN](#)[PRESSE](#)[gruene-bundestag.de](#) | [Themen](#) | [Sicherheitspolitik](#) | [Schluss mit dunklen Rüstungsgeschäften](#) | Seite 3

Öffentliche Anhörung | 13.09.2011

Schluss mit dunklen Rüstungsgeschäften

Seite 3

Panel 1: Was können wir von anderen lernen?

Eine bessere und effektivere Kontrolle von Rüstungsexportgeschäften der eigenen Regierung ist möglich. Das war das zentrale Ergebnis des ersten Panels in der Anhörung von Bündnis 90/Die Grünen am 06.09.2011 im Deutschen Bundestag. Eindrucksvoll schilderten die geladenen Gäste wie das System der Rüstungsexportkontrolle bei ihnen aussieht bzw. dass in anderen Ländern schon heute deren Parlamente früher und umfassender einbezogen sind als der Deutsche Bundestag.

So konnte Sir John Stanley, der Vorsitzende des Ausschusses für Rüstungsexportkontrolle (Committee on Arms Export Control) in Großbritannien, gleich eine Reihe von Instrumenten aufzählen, die die Regierung zwingen, zeitnaher und umfassender über Rüstungsgeschäfte zu informieren. In Großbritannien befasst sich ein eigens geschaffener Ausschuss, der sich aus Mitgliedern des Außen-, Entwicklungs-, Wirtschafts-, und Verteidigungsausschusses zusammensetzt, intensiv mit Rüstungsausfuhren. Dabei habe man entschieden, sich vorrangig auf die Kontrollaufgabe zu konzentrieren und nicht in den Entscheidungsprozess einbinden zu lassen. Für die Wahrnehmung dieser Kontrollaufgabe seien umfassende und möglichst öffentliche Informationen essentiell. Neben dem umfassenden jährlichen Bericht, unterrichtet die Regierung zusätzlich alle drei Monate über Genehmigungen im Rüstungsbereich. Viele Nichtregierungsorganisationen wie amnesty international oder Saferworld nutzen die Gelegenheit, schriftliche Stellungnahmen zu Rüstungsausfuhren einzureichen. Einmal im Jahr findet eine öffentliche Anhörung statt, bei der Mitglieder des Kabinetts im Rahmen des Ausschusses zu Anmerkungen aus Wirtschaft und Gesellschaft Stellung nehmen müssen. Die Protokolle dieses Austausches sind öffentlich. Der Ausschuss selber formuliert Schlussfolgerungen und Empfehlungen an die Regierung, worauf diese wiederum innerhalb einer Frist von zwei Monaten reagieren muss. Auch diese Dokumente sind öffentlich zugänglich und haben viel dazu beigetragen, dass allein über die Nennung von Namen derjenigen Personen und Firmen, die gegen Exportkontrollrecht verstoßen haben, ein großes Maß an Transparenz geschaffen wurde. Außerdem seien eine Reihe von Exportgenehmigungen kompensationslos widerrufen worden.

In Schweden existiert seit vielen Jahren ein monatlich tagender Exportkontrollrat. Die 12 Mitglieder werden je nach Parteistärke benannt. Um den Parlamentsbezug herzustellen, können dem Ausschuss neben aktiven auch ehemalige Parlamentarier wie unser Gast, Göran Lenmarker, angehören. Er besitzt nicht nur die langjährige Erfahrung als Mitglied dieses Ausschusses sondern ist mittlerweile auch der Vorsitzende des Aufsichtsrats des schwedischen Friedensforschungsinstituts SIPRI (Stockholm International Peace Research Institut). Der schwedische Exportkontrollrat kümmere sich insbesondere um strittige und besonders bedeutsame Exportvorhaben und habe de facto ein Mitentscheidungsrecht. Es sei noch nicht vorgekommen, so Lenmarker, dass sich der Generaldirektor der schwedischen Ausfuhrbehörde ISP als Vorsitzender des Ausschusses gegen die von den Mitgliedern in der Regel im Konsens beschlossenen Empfehlungen entschieden hätte. Eine Voraussetzung ist auch hier, dass den Parlamentariern Zugang zu allen relevanten Informationen gewährt wird. Allerdings kann die Regierung in Einzelfragen - wie z.B. beim Export des Jagdflugzeugs GRIPEN an Südafrika - die Exportentscheidung an sich ziehen.

Sibylle Bauer, die Leiterin des Exportkontrollprojekts bei SIPRI, hat in ihrer Darstellung darauf verwiesen, dass es inzwischen in vielen Staaten der NATO und EU aber auch im Europäischen Parlament in den vergangenen Jahren sichtbare Weiterentwicklungen gegeben habe. Die zeitnahe Bereitstellung der Informationen sei Grundvoraussetzung. Einige Länder berichten monatlich, viertel- oder halbjährlich. In den Niederlanden wird das Parlament bei bestimmten Entscheidungen inzwischen binnen 2 Wochen informiert. Ausschließlich jährliche Rüstungsexportberichte seien inzwischen eher unüblich. In Deutschland wird der Rüstungsexportbericht dem Bundestag erst im Dezember des darauffolgenden Jahres vorgelegt. In Belgien ist die Vorlagefrist gesetzlich geregelt. In Großbritannien liegt der Bericht spätestens im II. Quartal vor.

Auch die Inhalte des Berichts können hinsichtlich Detailliertheit und Vollständigkeit konkreter und aussagekräftiger sein als in Deutschland. Auf das reine Finanzvolumen, so Sibylle Bauer, komme es nicht immer an. Wichtig ist, was an wen geliefert wurde und welche Auflagen damit verknüpft sind. In den Niederlanden wird nicht nur über die Ausfuhr sondern auch Durchführung informiert. Italien listet gar die Ausfuhren nach Firmennamen auf.

Fazit:

Die Behauptungen der Bundesregierung, elementare Betriebsgeheimnisse oder die diplomatischen Beziehungen zu anderen Ländern wären Grund für die restriktive Informationspraxis, sind nicht mehr haltbar. Mehr Transparenz und parlamentarische Kontrolle sind möglich. Claudia Roth, die dieses Panel moderierte und die die Überarbeitung der Rüstungsexportrichtlinie 2000 maßgeblich vorangetrieben hatte, nahm die Anregungen gern auf. Unsere seit Jahren erhobene Forderung, dass die Bundesregierung sich an anderen Ländern ein gutes Beispiel nehmen ("Best-Practice") und eine Vorreiter-Rolle entwickeln solle, wurde bestärkt. Mehr Licht ins Dunkel der Rüstungsgeschäfte zu bringen und Bundestag und Öffentlichkeit umfassender und zeitnaher zu informieren ist möglich.

Nächste Seite: Panel 2: Mehr Licht! Wie können mehr Transparenz und parlamentarische Kontrolle geschaffen werden?

Artikelübersicht

Seite 3/4

Seite 1

Seite 2

Seite 3

Seite 4

verwandte Themendossiers

[Entwicklungszusammenarbeit](#)[Globalisierung](#)[Internationale Politik](#)[Menschenrechte](#)[Sicherheitspolitik](#)[Drucken](#) | [versenden](#) | [PDF](#)